

# Der Sozialdemokrat

**Erscheint**  
wöchentlich einmal  
in  
**Zürich (Schweiz)**  
Verlag  
M. Deeter, Industriehalle  
Mittelstr. 10  
**Verkündungen**  
franco gegen franco.  
Gewöhnliche Briefe  
nach der Schweiz kosten  
Doppelporto.

**Abonnements**  
werden nur beim Verlag und  
bei den bekannten Agenten ent-  
gegengenommen und zwar zum  
voraus zahlbaren  
Vierteljahrspreis von:  
Fr. 2. — für die Schweiz (Reichsbank)  
Fr. 3. — für Deutschland (Gouvern.)  
Fr. 1. 70 für Oesterreich (Gouvern.)  
Fr. 2. 50 für alle übrigen Länder des  
Weltpostvereins (Reichsbank).

**Internationales Organ  
der Sozialdemokratie deutscher Zunge**

**N<sup>o</sup> 1.**

**Sonntag, 5. Oktober.**

**1879.**

**Asie an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.**

Da unser Blatt vornehmlich in Deutschland und Oesterreich sofort verfolgt werden wird und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben werden, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erkennen, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Nachlässigkeit verübt werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Hauptfordernd ist hierzu einzusetzen, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unerbittliche Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreich wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch uns möglichst unerschöpfliche Zusendungen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behufs größerer Sicherheit Rekommandation. Soweit an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

## Die Organisation der deutschen Sozialdemokratie.

Seitdem durch Erlaß des Ausnahmegesetzes die sozialistische Presse in Deutschland unterdrückt und der Partei innerhalb der Reichsgrenzen jede Gelegenheit zur öffentlichen Aeußerung abgeschnitten worden ist, ist die Sozialdemokratie wehrlos der offenen und hinterlistigen, kein Mittel verachtenden Feindseligkeit, mindestens ebenso sehr aber der unglaublichen Ignoranz der Bourgeois- und kleinbürgerlichen Presse preisgegeben. Freilich hat die Partei diese beiden hervor-  
stechendsten Eigenschaften der „sechsten Großmacht“ auch früher schon kennen gelernt; allein damals nahm man sich doch wenigstens einigermaßen in Acht, da einem die zahlreiche sozialistische Presse scharf auf die Finger sah und jeden feinen oder plumphen Seitenangriff sofort bemerkte und aufdeckte. Jetzt dagegen kann die edle Preskennzeichnung nach Herzenslust Unfuss, Lügen und Verleumdungen über die Sozialdemokratie in die Welt setzen, ohne daß sie u. a. unangenehme Abführungen zu fürchten hat. Und daß sie sich diese schöne Gelegenheit, ihren Geist wie ihren Mut in vollstem Licht strahlen zu lassen, nicht entgehen läßt, sondern wacker ausnützt, braucht wohl kaum besonders erwähnt zu werden.

Es wird beßhalb sehr, wo unsere Partei wieder über ein speziell mit für Deutschland wirkendes Organ verfügt, auch eine, und zwar nicht die extremste, unserer Aufgaben sein, die über die deutsche Sozialdemokratie in der Presse zirkulierenden Unwissenheiten und Lügen zu korrigieren, soweit sie uns nämlich wichtig genug erscheinen, um uns überhaupt damit zu befassen. Und zwar wollen wir gleich heute mit dieser Arbeit beginnen.

Eine der den Verdrehungen der Gegner am meisten ausge-  
setzten Institutionen unserer Partei ist stets unsere Organisation gewesen. Und zwar ist der Grund hierzu zwar häufig genug die bloße Feindseligkeit, fast noch viel mehr aber die Unfähigkeit der Gegner, unsere Bewegung zu begreifen, gewesen. Daß Hunderttausende klüner, selbstbewußter, aber für ihr Prinzip zu jedem Dienst und zu jedem Opfer bereite Männer sich in allen nöthigen Dingen freiwillig der strengsten Disziplin unterwerfen können, trotzdem aber nicht gleich dem Gros anderer Parteien zu willens-  
losen Heerden herabsinken brauchen, sondern gleichwohl Gleich-  
berechtigte, keinen Augenblick auf ihr Recht der freien Meinungs-  
äußerung und der Mitwirkung in allen die Haltung und Ein-  
richtung der Partei anlangenden Fragen bleiben können — das vermögen die meisten unserer Gegner nicht zu fassen. Sind sie doch gewohnt, bei den reaktionären Parteien nichts als unbeschränkte Herrschaft der Führer einerseits, und willen- und gedankenlose Unterwerfung des Geführten andererseits zu sehen.

Es ist daher gar nicht zu verwundern, daß gelegentlich des Todes unseres unvergeßlichen Genossen Geib Stimmen in der Presse auftauchten, welche dem Verstorbenen einen ungemessenen Einfluß in und über unsere Partei zuschrieben und ihn so als eine Art von Diktator darstellten. Und doch ist nichts falscher als das, und sind die betreffenden Behauptungen für jeden erfahrenen Parteigenossen geradezu lächerlich.

Einer unserer bewährtesten Genossen, Otto-Walster, hat sich nun trotzdem und zur Aufklärung weitester Kreise die Mühe genommen, die Richtigkeit dieser Behauptungen nachzuweisen und hat dies in so treffender Weise gethan, daß wir es, namentlich mit Rücksicht auf die Thatsache, daß seit dem Erlaß des Ausnahmegesetzes unsere Partei zahlreiche neue, mit den Parteiverhältnissen noch wenig bekannte Mitglieder gewonnen hat, für sehr

nützlich halten, seine treffliche Arbeit gleich in der ersten Nummer des neuen Parteiorgans zum Ausdruck zu bringen.

Wenn man — schreibt Otto-Walster — das Lobpreisen Geibs etwas genauer ansieht, will es scheinen, als wäre das Ganze nur geschrieben, um die Partei als etwas hinzustellen, was nur als ein Anhängsel zu einem hervorragenden Haupte anzusehen wäre, und das ist in der That die dummdreiste Entstellung der bedeutungsvollsten historischen Erscheinung unserer Zeit, der organi-  
sation der deutschen Sozialdemokratie.

Nach den Versicherungen der Blätter hätte sich in August Geib das sogenannte Zentralwahlkomitee (früher der Parteivorstand) ver-  
körpert. Und doch ist das weiter nichts, als eine ganz ungered-  
rechtigte Herabsetzung der intelligenten und erfahrenen Genossen, welche mit Geib das Komitee bildeten. Sodann wird weiter be-  
hauptet, daß dieses Zentral-Wahlkomitee das Vorgehen der Partei in allen Fragen bestimmt hätte. Es ist dies aber eine ganz müßige Behauptung, denn das Vorgehen der Partei in allen Fragen wurde durch das Parteiprogramm bestimmt, an welches das Wahlkomitee ebenso gebunden war, wie jedes andere Mitglied der Partei. Zeitweilig auftauchende praktische Fragen, selbst das Aufstellen der offiziellen Kandidaten für die Reichs-  
tagswahlen gehörten vor das Forum der alljährlich abgehaltenen Parteikongresse.

Somit waren es nur Fragen von geringer Bedeutung, welche der Zentralkomitee zur Lösung übrig blieben und auch bei diesen wurde meistens in Uebereinstimmung mit dem Aufsichtsrathe, resp. mit einer zu diesem Zwecke eingeladenen Anzahl hervor-  
ragender Parteigenossen gehandelt.

Ebenso fabulös sind die Mittheilungen, welche die Presse in der folgenden drahtischen Zusammenstellung machte:

„Sollte irgendwo ein Blatt oder ein Verein gegründet werden, Geib mußte davon benachrichtigt und seine Meinung darüber eingeholt werden, ehe zur Realisirung des Unternehmens ge-  
schritten werden konnte. Er stellte die Redakteure, Agitatoren, Redner, Vereinsvorstände, Agenten und Subagenten an, er warf ihnen Gehalte und Unterstühtungen aus, ordnete alle Streitigkeiten zwischen den einzelnen Führern der Partei und setzte die Angestellten der Partei ab, oder versetzte ihre Veretzung an einen andern Ort.“

Das, was von diesen Auslassungen wahr ist, war zugleich selbstverständlich, und was davon nicht selbstverständlich ist, das ist erfunden. Selbstverständlich ist es, daß jeder neue Verein wenn er als Glied sich in's Ganze fügen wollte, dem Zentral-  
komitee Anzeige davon machte, auch war es selbstverständlich, daß wenn ein neues Blatt mit Anspruch auf die Unterstützung der Partei gegründet wurde, es die Anzeige seines Vorhabens machte und die Billigung des Unternehmens einholte. Wo aber eine Mitgliedschaft sich hierin auf ihre eigene Kraft verließ, da ging sie auch selbstständig zu Werke.

Was das Anstellen, Ver- und Absetzen der Redakteure anbe-  
langt, so war es selbstverständlich, daß bei den von der Partei selbst herausgegebenen und verwalteten Blättern die geschäfts-  
führende Behörde eine Thätigkeit zu entfalten hatte. Aber es gab ein halbes Duzend sozialistischer Organe in Deutschland, von denen nur 5—6 unmittelbar von der Partei herausgegeben und verwaltet wurden; die selbstständigen Blätter erhielten ihre Redakteure durch Wahl der lokalen Pressgesellschaft. Daß man sich häufig auch von dieser Seite an den Ausschuß um Rath und Auskunft wandte, hat mir der Sachlage selbst nichts zu thun, denn ebenso häufig, wenn nicht noch häufiger geschah

solche Anfragen an die Redaktion des Hauptparteiorgans „Volks-  
staat“, später „Vorwärts“.

Selbst die von der Partei abhängige Presse hat sich stets ihre selbstständige Stellung bewahrt, und das liegt auch ganz in der Natur der Sache; denn jede Partei sucht, wenn sie gesund, ihre besten geistigen Kapazitäten in ihrer Presse zu beschäftigen, diese aber werden sich nie in eine solche Abhängigkeit von andern Gliedern bringen lassen, welche ihnen geistig nicht gewachsen sind.

Die Agitation beanspruchte allerdings die unausgesetzte Thätigkeit der Verwaltungsbehörde, aber die Anstellung oder Abberufung derselben hing wesentlich von den Wünschen oder Beschwerden der Parteigenossen des Distriktes ab, während die Höhe des Ge-  
haltes ebenso sehr nach den Fähigkeiten, wie nach den Bedürf-  
nissen des Agitators bemessen wurde. Jedem von ihnen stand die Beschwerde an die Kontrollkommission, sowie an den nächsten Parteikongreß zu.

Das Bild, welches die Presse von der Organisation der Partei durch Schilderung der angeblichen Thätigkeit Geibs ihren Lesern bietet, würde allerdings das Aelterbild einer wahrhaft demokratischen Partei sein. Etwas Aehnliches befand zeitweilig während der Präsidentschaft des Herrn von Schweizer im Allgemeinen deutschen Arbeiterverein, und das war nur dadurch möglich, daß in dieser Organisation eine einzige Person, der Prä-  
sident, alle Autorität besaß, daß die Kontrolle nur eine Schein-  
kontrolle sein konnte, daß der Präsident außerdem die Partei-  
presse und die Agitatoren in der Hand hatte (denn er war zu-  
gleich Redakteur und verfügte über den Geldbeutel) daß er endlich durch alle diese Mittel auch die Generalversammlungen zu „packen“ vermochte. Selbst der Sitz der Parteileitung war dort ein ständiger, denn der Präsident war verpflichtet, am Parteitag seinen Aufenthalt zu nehmen. Dort also konnte ein einziger Mann alles das sein und thun, was die Presse als die Thätigkeit Geibs bezeichnete.

Vergleiche man damit die Organisation der sozialistischen Ar-  
beiterpartei Deutschlands. Da wurde die Parteileitung vom Kongresse insofern gewählt, als eine Mitgliedschaft damit betraut wurde, welche die Beamten wählte. Diese Leitung zerfiel in 5 gleichberechtigte Komitemitglieder und sie war durch eine wirk-  
same Kontrolle beaufsichtigt. Neben ihr bestand ein Hauptpartei-  
organ, dessen Redakteure, vom Kongreß gewählt, an einem andern Orte selbstständig wirkten und allen Mißbräuchen jeder Zeit entschieden entgegenzutreten konnten. Neben ihm wuchsen die unabhängigen sozialistischen Blätter mit ihrem Rückhalt an den Mitgliedschaften heraus und das Alles schuf einen Zustand, welcher Ordnung zugleich mit dem größten Maße von Freiheit erhielt.

Ein solcher Zustand ermöglichte es, daß auch des einfachsten Mitgliedes Stimme an die Öffentlichkeit drang, daß jeder Krankheitskeim im Entstehen beseitigt, daß der Hervorragendste, wie der Bescheidenste im Banne einer Disziplin erhalten wurde, die von der Sache geboten war, nicht von einem Diktator, und einem allgemeinen Solidaritätsgefühl entsprang.

Nur als ein solches acht demokratisches Gebilde konnte die Partei zu dem emporwachsen, was sie geworden. Nur in solcher Organisation freier Ordnung und geordneter Freiheit konnte sie den Reulenschlägen der Reaktion die Stirne bieten. Mehrmal niedergeworfen, steigt sie jedesmal wieder, wie der Kiefer Antares, nachdem sie neue Kraft aus dem Mutter-Erdboden gezogen, furchtbarer vor den Augen der Gewaltigen dieser Erde auf.

\*) Dieser Wahlmodus war für Kontrollkommission und Ausschuß gebräuchlich; der eigentliche Vorstand wurde vom Kongreß direkt gewählt.

## Berliner Briefe.

1.  
Gefassen Sie, Genosse, in der Reihe der schweren und ernsten Waffen, mit welchen Sie den heiligen Kampf für Freiheit und Recht begonnen, auch dem leicht geschürzten Sporn ein plötzliches Schwimmt er auch nicht Morgen-  
sterne und Komahants, so ist er nicht bekümmert kein zu verachtender Bundesgenoss: in dem Ringen nach dem gemeinsamen edlen Ziele, und er hat gewissermaßen in dieser Hinsicht schon eine Geschichte. Schallhaft schwenkt er den Kinderheerden der Könige das rote Tuch um die Augen, daß sie wild werden und ingrimmig in einander stürmen und sich gegenseitig zer-  
fleischen. So haben Sie es gethan im vorigen Jahre, als dieses Geschlecht von Wiederkehrern sich gegenständig die Vaterstadt des Sozialismus vorwarf. O hehre Dummheit! Als ob die krazelnden Helden Griechenlands von dö-  
rischen Klüben entpfropfen wären! Und der Spott schreitet heimlich durch die Gassen und begreift die glänzenden Hüttenleider der Heuchler mit änder-  
Säure, daß die schimmernden Lumpen in Fische zerfallen und die dünnen Gerippe von hungrigen Wolfen und scheimen Knechtungskräutern den haarigen Beinen libanontischer Journalisten und den gerundeten Fettschlingen schneidender Pfaffen zum Vorzeichen kommen. Und das Volk sieht es und lächelt, und freut sich, zu wissen, daß es nicht allein „Kropfbulbes Gefindel“ ist, daß auch unter guten Köden der Ausschlag fingerdick lagert, und — sehen Sie dazu ist Spott sehr gut!

Berlin präsentiert sich jetzt in einer wunderlichen Drapirung. Da ist zu-  
erst ein großer dunkler Mantel, der Belagerungszustand. Wer das so von Weitem sieht, denkt, Berlin sei in Trauer. Aber schaut man auch in die Gegend des Zoos, so bemerkt man, laßig tief in den Rasen gedrückt, eine bunte Korrenkappe mit Zipfeln und Klingeln und mit Aufschriften, wie: Gewerbe-Ausstellung, Kunst-Ausstellung u. dgl. Kleine, winzige, verlogene Kästchen springen um den großen Dalai-Lama herum und verzehren — leider nicht seinen Unflath, sondern häßliche Honoraräden, welche sich jedenfalls besser verwenden ließen. Dafür müssen sie einen Heidenstundal machen, da-

mit man die Seufzer der Bedrückten nicht hört, und immerfort schreien sie mit ihrer quälenden Stimme den stetigen Refrain in die Welt: Der Wohl-  
stand hebt sich! Ah, wenn man unter den Mantel blüht! Wie verlogen klingt dann dieses: Der Wohlstand hebt sich! Da liegt das Volk, der schei-  
nende Kiese; Schanden, Spinnen und noch eckeres Gewurm tanzt auf seinem Leibe herum. Die Einen rufen: Es ist todt! aber sie mögen doch nicht, es anzukumpfern. Nein, sehr doch! meinen die Andern, und sie stehen es ein wenig und stieben blühschnell auseinander, denn der Kiesenkörper wurde ganz deutlich. Tragikomisch ist es zu sehen, wie diese widerlichen Kerbtiere bald hier, bald da ihre Bühnen aufschlagen, Theater spielen, von Liebe, Ehre, Ruhm, Patriotismus, ja sogar von Freiheit und Fortschritt deklamieren und sich so heftig in die Brust werfen, daß es rings herum knack und knistert. Denken Sie sich das Wort Freiheit! von einem Costroten gepipst! Stellen Sie sich einen Disput über Gleichheit vor zwischen Kreuzspinn und Schmeiß-  
fliege! Eine Sorte dieser interessanten kleinen Menagerie habe ich besonders in mein Herz geschlossen. Sie ist schwarzblau, mit einem gelben Kreuz auf dem Rücken und richtet wie Wanzen. Ich freue mich, daß sie beständig zischt bei den Spiegelschattieren der Andern und diesen gar in's Gesicht spuckt, wenn sie sich nach ihr umwenden. Wenn einmal der große Kiese erwacht und sich umwendet und all das Geschmeiß zerdrückt und in seiner eignen Saure ertränkt, dann bitte ich Sie, falls Sie Augenzeuge dieses großen Momentes sein werden, einige Exemplare von jener Spezies zum Ergötzen der Radwelt zu verwahren. Kaufen Sie für dieselben ein Pappfäßchen mit Luftlöchern, denn sie gehören zu den Lungenthierchen. Nicht dagegen brauchen sie nicht. Wenn Sie sich nach den Redaktionen der Norddeutschen, Post, Kreuzzeitung und noch einiger anderen Zeitungen begeben, so werden Sie sicher sein, mein Lieblingsthierechen anzutreffen.

Nach ein absonderliches Toilettenstück am Leibe der Spreckbärin muß ich erwähnen. Sie wissen, daß die Polizei eigenthümliche Begriffe hat von Volksgesundheitslehre. So kam auch neulich, mitten im Sommer, Herr Wabai und meinte: „Liebes Kind, Sie frieren. Darf ich's wagen...“ „Ach nein, ich schweife ja, so heiß ist mir.“ „Sie schweifen — hm —

Sie kommen wohl aus Baughall?“ Und trotz allen Sträubens und Krochens hängte er dem guten Kinde ein weißes Vargenstüchlein um, das sich recht pudig annimmt auf dem großen dunklen Mantel. Das Wort „Moral“ war mit großen Buchstaben nebst der Jahreszahl 1879 auf das Rücken gedruckt, just wie die Staats-eigenen Kommissjaken der Soldaten gezeichnet werden. Die Moral ist Preussisches Staatseigenthum! Und seit jenem Mo-  
mente haben sich die Lempel der Venus geleert, dafür laufen aber Tausende und aber Tausende von Prostituirten durch die Kühle der Nacht, holen sich Schnaps und Pöbagra, raunern sich gegenseitig die Preiskourants und den lieben Eltern die Gesundheit der Edlme. Rehen und Polizeispione! Das ist der Charakter des heutigen Berlin, das sind die Typen unter den Linden, in der Passoge, im Thiergarten, in den Winkelgassen und überall, wo das öffentliche Leben pulst. Wer das Heiligthum seiner Häuslichkeit vor ihnen schützen will, muß Wankstufen anheften, mit der Aufschrift: Dieser Ort darf nicht verunreinigt werden! Aber auch das ist oftmals vergeblich, wie zahlreiche Spuren in den Schreitritzen unserer Genossen beweisen. Polizeifreie, diese Prostituirten des Charakters, bewachen den großen schwarzen Mantel Belagerungszustand und das keine weiße Mädchen Moral, daß sie nicht zu schuldig werden und Löcher bekommen und Europa den großen Schneider in Berlin verstopfen. Aber ich muß gestehen, daß ich noch nir-  
gends in der Welt eine so plumpe, vierfüßrige Schaar von Jugendwüthern gesehen habe. Diese stupiden, rohen Gesichter unter dem weißen Entontas beleidigen das ästhetische Gefühl bis in's Innerste und ich werde es Herrn Rodai nie vergeben, daß er bei der Wahl seiner Kameluden so wenig auf die Normen der Schönheit und des guten Geschmacks gibt. Da lobt man sich die Bonaparte's, die das Geschäft weit besser verstanden, als ihre Schüler. Ihre Polizeikongarde war eine Kompagnie von Lumpen, Verbre-  
chern, Verworfenen, aber doch nicht von — „gedienten Unteroffizieren“. Es war Ruß in jenem Geschäft, aber bei uns! — — — Natürlich, wenn ich noch ein Tröpfchen Preussenthum im Leibe hätte, ich würde mich, ehe ich auf irgend etwas stolz wäre, zuerst der Berliner Geheimpolizei —  
schämen.

Nur wenn es einem Herkules gelingt, ihr den Boden unter den Füßen wegzuziehen, wird sie in der Luft erstickt werden können. Hat man ihr aber den Boden, die sozialen Uebel gepömmelt, dann stirbt sie auch mit Freuden, denn ihr Zweck ist erreicht!

## Zu den preußischen Landtagswahlen.

Die eben stattfindenden Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus und die ihnen vorangegangene Agitation bieten des Interessanten und Berichtswürdigen nur wenig. Die „Bewegung“ ist im großen Ganzen eine recht mäßige, um nicht zu sagen faule. Jedenfalls versteigt sich diesmal selbst der großmäuligste liberale Phrasenheld nicht zu dem einstigen Herzlichen Vergleich von dem „mächtig dahin stürzenden und unaufhaltsam alles Entgegenstehende niederreisenden Bergstrom“ und wenn man schon in Bildern reden will, dann wäre der Vergleich mit einem träg sich fortwälzenden Schlammstrom jedenfalls und mehr als einer Beziehung weit zutreffender. Die jetzt warmstehenden Konservativen sind ihrer Erfolge vollkommen sicher, die „Liberale“ aber leiden so gewaltig unter dem Druck der kanzlerischen Ungnade, daß sie sogar das „Quittchen“ fast ganz vergessen haben und ihrem Rißmet fast widerstandslos entgegensehen. Mit Einem Worte: die den Verhältnissen durchaus entsprechende Verschiebung nach rechts schreitet unaufhaltsam fort.

Nachdem der Reihe nach die Herren Labler, Forkenbeck und Bennigsen kaltgestellt worden sind, ist die arg zerzauste ehemalige Majoritätspartei bereits bei Miquel angelangt und wird ohne Zweifel auch noch weiter kommen. Denn ihre Phrynienseite verlangt inbrünstig nach dem alten Buhlen und ist bereit, alles für seine Gunst zu opfern; wie gerne gäbe sie ihm sogar ihre Ehre — wenn man dieselbe mehr als einmal vergeben könnte. Vielleicht erhört der Hartherzige das Flehen der Erbarmenswerthen doch noch und gestattet ihr, ihm und seiner jetzigen Liebe Magdendienste zu thun, und macht so eine Glücklich.

Interessanter als dies, von jedem Vernünftigen längst vorausgesehene, Ende des Nationalliberalismus, das seiner Laufbahn einen vollkommen würdigen Abschluß gibt, ist die Thatsache, daß selbst die Demokraten dem allmächtigen Zug nach rechts nicht mehr widerstehen können und sich mit der Fortschrittspartei vereinigt haben. Daß es sich hier nicht um ein einfaches Wahlkompromiß, das nach erreichte Zweck jedem der beiden Theile seine volle Freiheit wieder gibt, handelt, zeigt das von der vereinigten Frankfurter Volkspartei und Fortschrittspartei ausgegebene Wahlprogramm. Dasselbe hebt mit den Worten an: daß Differenzen in den „entschieden liberalen Parteien“ schweigen müßten, „wo man im Großen und Ganzen einig sei.“ Dieses Gehändnis ist für den Rückzug der Volkspartei allein schon bezeichnend genug. Uebrigens ließ sich diese Entwicklung der Dinge schon einigermaßen voraussehen und stimmt ganz zu der seit einiger Zeit beobachteten Haltung der Volkspartei und besonders des in ihr tonangebenden Abgeordneten für Frankfurt.

Die Fortschrittspartei ihrerseits hält es jetzt mehr als je an der Zeit, mit den alten, zehnmal abgebräunten Volksbetrügerphrasen von Freiheit, Gemeinwohl u. dergl. schönen Dingen zu agieren und hofft damit wieder eine Anzahl Gimpel zu fangen. Daß bei diesem Geschäft auf die einfältige Ehrlichkeit kein allzu großes Gewicht gelegt und mancherlei hoch und theuer versprochen wird, woran das Herz nicht denkt, ist klar. So versprechen die Fortschrittler in dem von ihnen mitunterzeichneten Frankfurter Wahlaufschuß, sowie in andern Wahlschuldschriften „nicht aufzuhören, das allgemeine Stimmrecht für alle Wahlen im Staat zu erstreben.“ Man muß über die Unverfrorenheit der biederen Fortschrittlermannen billig erstaunen, wenn man weiß, wie die Leute solche hochtrabende Versprechen noch immer gehalten haben, sobald es auf die That ankam. Man erinnere sich nur z. B. der sächsischen Fortschrittspartei, welche gelegentlich des Antrages Freitag auf Einführung des vollkommen allgemeinen Wahlrechtes für den sächsischen Landtag aus Furcht vor der „andringenden Sozialdemokratie“ einstimmig gegen dasselbe votirte. Dasselbe thaten auch die bayerischen Fortschrittler. Trotzdem aber wagen es diese politischen Bauernfänger jedesmal aufs neue, vor das schon so oft betrogene Volk zu treten und ihm, den alten Meinel noch auf der Zunge, mit frecher Stirne neue Versprechen zu machen.

Die Sozialdemokratie theilt sich an den preußischen Landtagswahlen nicht, da die Arbeiter durch das von Bismarck selbst das schlechteste aller vorhandenen Wahlsysteme genannte, trotzdem aber von ihm als wirksames Mittel zur Fernhaltung der Sozialdemokratie aus der Abgeordnetenkammer beibehaltene Dreiklassenwahlsystem so gut wie gänzlich vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Da deshalb an die Wahl eines Sozialdemokraten nicht zu denken ist, uns aber die Parteiwahl unter den Kandidaten der verschiedenen reaktionären Parteien schwer fallen möchte, so hat die Sozialdemokratie allerwärts Wahlenthaltung proklamiert. Die Herren von der reaktionären Masse sind deshalb vollkommen unter sich und können ihre Meinungsverschiedenheiten in gewohnter ritterlicher und „loyaler“ Weise ausfechten, ohne von den „rohen“ und in ihrer Blumpheit alles so ernst nehmenden Arbeitern darin gestört zu werden. Nur einmal hat auch das Volk die Ehre, mitthun zu dürfen; wenn sich nämlich ums Zahlen der von den Herren gemachten Reche handelt.

Im Uebrigen ist uns der Ausgang der Wahlen, wie schon oben angedeutet, wenig zweifelhaft: er wird auf alle Fälle einen weiteren ausgiebigen Schritt auf der Bahn der Reaktion bedeuten. Und diesem werden und müssen noch viele, viele andere folgen, ehe die Geschichte erfüllt sind und die Reaktion ihre Mission erfüllt hat, das Fundament der heutigen „Ordnung“ so vollkommen zu unterminiren, daß ein gründlicher Zusammenbruch derselben unausbleiblich ist.

\*) Soweit die bis jetzt bekannnten Urwahlergebnisse ersehen lassen, sind die konservativen Parteien inklusive der Ultramontanen nicht nur in ihrem vollen Besitz geblieben, sondern haben in vielen Kreisen die Mehrheit errungen, in denen dies noch nie der Fall gewesen. Die Nationalliberalen sind, wie vorausgesehen, abermals ein gutes Stück weiter zurückgedrängt worden, während die Fortschrittspartei einige Sitze gewonnen hat. Dagegen ist ihr Haupt, Herr Eugen Richter, in seinem alten Stammsitz Dagen geschlagen worden, ebenso wie Labler in Frankfurt.

## Die Briefstieberei in Deutschland

ist, wie namentlich Liebknecht im Reichstag mehrfach nachgewiesen, nicht so ganz neuen Datums. Während aber früher die Verletzungen des Postgeheimnisses immerhin nur verhältnismäßig selten vorkamen und gewissermaßen verschämt im Finstern vorgenommen wurden, ist die Sünde jetzt groß gewachsen und zeigt sich, jeder Scham baar, frech in ihrer ganzen widerlichen Nacktheit am offenen Tage. Der erbrochenen Briefe sind nicht mehr einige wenige, sondern sie zählen nach Hunderten und Tausenden. Wer auch nur einigermaßen in dem Rufe des Sozialismus steht, ja, wer mit einem Sozialisten auch nur in verwandtschaftlicher oder selbst geschäftlicher Verbindung steht, dessen Korrespondenz ist unter steter Ueberwachung und keinem Augenblick vor Durchschnüffelung sicher. Natürlich trifft das bei den als hervorragend thätig und „gefährlich“ bekannten Sozialdemokraten, den Abgeordneten, Schriftstellern und ehemaligen Agitatoren in erhöhtem Maße zu. Aus zahlreichen Orten melden uns vollkommen glaubhafte Berichte, daß seit einiger Zeit alle Postsendungen an solche Personen, auch eingekerkerte Briefe nicht ausgenommen, eröffnet anlangen!

Die Briefe werden, wenn (wie meistens der Fall) unversiegelt und bloß zugelebt, durch Einwirkung von Wasserdampf, wenn aber versiegelt, meist durch Ausschneiden an den Seiten mittels eines scharfen Rasirmessers, nach Umständen auch durch Abweichen oder gar einfaches Erbrechen des Siegels geöffnet, darauf kopirt und im ersten Fall durch einfaches Zulieben, im letzteren Fall durch Verleben der Schnittfläche oder Eintauchen derselben in flüssige Papiermasse und Wiederauflegen des Siegels wieder geschlossen. Fallt indessen eine dieser sauberen Manipulationen oder glaubt der betreffende Briefmarke keinen besonderen Grund zur Verdeckung seiner Amtshätigkeit durch scheinbar unbeanstandete Beförderung des Briefes, oder ein besonderes Interesse an dem Besitz des Originalbriefes zu haben, dann läßt er ihn einfach ganz verschwinden.

Auf solche ehrliche Weise sind die „unbekannt wie zu den Alten gekommenen Korrespondenzen“, welche schmachtvoller Weise in den jetzigen Sozialistenprojekten in Deutschland, z. B. im Prozeß Sövede und Genossen in Hamburg, im Prozeß Krücker in Breslau u. s. w. eine so große Rolle spielen, in die Hände der Behörden gekommen und auf demselben Wege der Ueberwachung und Vergewaltigung der Korrespondenz erlangt die Behörde Kenntniß von den nur in geschlossenen Briefen vom Auslande nach Deutschland gesandten verbotenen Schriften.

Ueber die Infamie dieser „Amtshätigkeit“ der deutschen Polizei brauchen wir uns natürlich nicht erst auszulassen; solche des Zuchthauses würdige Schurkerei ist in den Augen jedes Rechtlichdenkenden längst gerichtet. Zugleich aber ist sie auch ein Kennzeichen der Verworfenheit der Sache, welche durch solche Mittel erhalten werden muß. Aber der Fluch der bösen That wird sich auch hier, und zwar hier gerade mit am meisten, bewähren und das Aufgehen der Windsaat wird nicht auf sich warten lassen — wir zweifeln nur, ob die Ernte so ganz nach dem Geschmack der Säemänner ausfallen wird!

Indessen ist der Briefbruch und Briefdiebstahl vorläufig eine Thatsache und wir müssen uns mit derselben deshalb so gut als möglich abzufinden suchen. Zu diesem Zweck darf keine Vorsichtsmahregel, und sei sie noch so klein, außer Acht gelassen werden. Man drücke sich möglichst unbefangen aus, resp. verhandle seine eigentliche Mittheilung unter die Form einer geschäftlichen Mittheilung oder Familiennachricht, schreibe Namens- und Ortsbezeichnungen nie aus und lege ebensowenig seine Namensunterschrift bei, bediene sich für besonders wichtige Mittheilungen der Chiffrenschrift, am besten der in jedem neuere Lehrbuch der Chiffrikunde vorfindlichen Chiffre indechiffirable (unentzifferbare Chiffrenschrift), schließe den Brief recht vorsichtig und schreibe die Adresse mit verstellter Handschrift. Vor allem aber sende man wo möglich niemals direkt an bekannte Sozialdemokraten, sondern verschaffe sich unverdächtige Zwischensadressen im In- und Ausland und wechsele auch mit ihnen von Zeit zu Zeit.

Hat man aber dadurch die Briefmarke irre geführt und seine Korrespondenz ihren Diebstahlern entzogen, so muß man der Regierung auch noch das letzte Mittel, ihre Rale in unsere Angelegenheiten zu stecken, nehmen, indem man die empfangenen Briefe stets sofort nach Empfang und Durchlesung derselben vernichtet, und so Staatsanwalt und Polizei die Aussicht abschneidet, durch Hausdurchsuchungen etwas zu ergattern. Leider ist trotz aller schlimmen Erfahrungen bisher in dieser Richtung noch immer nicht sorgsam und gewissenhaft genug verfahren worden und würden die Folgen dieser Vertrauenslosigkeit noch weit schlimmere gewesen sein, wenn nicht unsere Idee glücklicherweise bereits selbst in die Kreise der Behörden und auch der Polizei selbst gedrungen wäre, was uns bisweilen eine Art — Vorahnung des Kommenden ermöglicht. Daraus darf man sich aber nicht verlassen und es ist deswegen jedem Parteigenossen die sofortige Vernichtung erhaltener Briefe zur Gewissenspflicht zu machen und ihre Unterlassung einem Verrath gleich zu achten!

## Sozialpolitische Rundschau.

— Das wichtigste politische Ereigniß der letzten Zeit ist scheinbar noch immer des deutschen Reichskanzlers Besuch in der österreichischen Hauptstadt. Wie der Berliner Allmächtige dort empfangen wurde, wie er gekleidet gewesen, was er gegessen, wie er sich geräupert und gespuckt, welchen hohen, höchsten und allerhöchsten Personen er Besuche abgestattet u. s. f. — den berühmten Reichshund nicht zu vergessen — über all diese interessanten Dinge ist seit vielen Tagen ein ganzes Meer von Tinte und Druckerwärme verlegt worden und kann sie, wer darnach Verlangen trägt, in dem nächstbesten Neuigkeitsblatt nachlesen. Uns interessiert lediglich der politische Grund und Erfolg des demonstrativen in Szene gesetzten Besuches. Von den Offiziösen wird als erster angegeben, daß Bismarck seinem, bekanntlich aus dem Ministerium ausscheidenden „Freund“ Andrássy habe seine Sympathie und sein Vertrauen in dessen Politik ausgedrückt, sowie sich bei der „höchsten, entscheidenden Instanz des Landes“ vergewissern wollen, daß die bisherige Politik durch den Abgang

Andrássy keinerlei Aenderung erleiden werde. Als erzielter Erfolg wird dann erwähnt „die lebhafteste Befriedigung der beiden Kanzler über die Uebereinstimmung ihrer beiderseitigen Meinungen in den von ihnen besprochenen Fragen“, sowie ferner daß, „um das freundschaftliche Verhältniß zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland auch auf dem Gebiete materieller Interessen zum Ausdruck zu bringen, auch möglichst weitgehende Verkehrs- und Tarifvereinerungen vereinbart worden“ sein sollen.

Sobiel scheint zunächst festzustehen, daß der deutsche Reichskanzler allen Anlaß hatte, sich nach der Fortdauer der bisherigen, Deutschland günstigen Politik zu erkundigen. Dem in der Regel gutunterrichteten „Bester Lloyd“ (Der häufig Informationen von Andrássy empfängt) zufolge wären nämlich der deutschen Regierung Gerüchte zu Ohren gekommen, wonach in Wien von einflussreicher Seite dahin gearbeitet würde, nicht nur eine Verständigung mit Rußland ohne Deutschland anzubahnen, sondern auch Frankreich wieder näher an Oesterreich heranzuziehen und an die Stelle des Dreikaiserbündnisses ein anderes zu setzen, in welchem der dritte Platz neben Oesterreich-Ungarn und Rußland nicht mehr von Deutschland, sondern von Frankreich eingenommen würde. In gewissen militärischen Kreisen soll diese Kombination ebenso lebhaften Beifall gefunden haben, wie im Lager der Ultramontanen, die an die Verwirklichung dieser Idee weitgehende Hoffnungen knüpfen. Solange Andrássy Premier war, hätten sich solche abenteuerliche Ideen nicht hervorzogeln dürfen. Ob aber Andrássy's designirter Nachfolger, Baron Heymerle, sich diesen mächtigen Einflüssen gegenüber ebenso fest erweisen werde, darüber hätten bei Bismarck doch gewisse Zweifel herrschen können.

Ob diese Zweifel nun wirklich gänzlich beseitigt und Bismarck über die Absichten der österreichischen Politik so vollkommen beruhigt worden ist, wie man es uns glauben machen will, wollen wir dahin gestellt sein lassen; wenigstens wird man durch die aus all dem unmäßigen Friedens- und Freundschafts-Gejubil des Offiziösen deutlich hervorlugende Absicht einermäßen verstimmt. Außerdem aber weiß niemand besser als Bismarck, wie verlässlich und beständig derartige diplomatische Verständigungen sind. Meldet doch die Presse mit einem gewissen Wohlgefallen, daß man diesmal auf schriftliche Verträge grundsätzlich verzichtet habe, weil Bismarck bekanntlich auf derlei Formalitäten nur geringen Werth lege und sich in dem Augenblick, wo er das Gegentheil für vortheilhaft erachte, durch kein noch so feierliches Bündniß mehr für gebunden halte. Und die Andern machen es — selbstverständlich die Macht vorausgesetzt — auch um kein Haar besser.

Jedenfalls wird in Wien Mancherlei von unserem famosen „Erbfreund“ an der Neua, von der Kulturmission Oesterreichs im Orien und vielleicht auch ein wenig von Frankreich die Rede gewesen sein. Fast zu gleicher Zeit, wie die Wiener Zusammenkunft hat übrigens eine solche auch zwischen dem französischen und englischen Minister des Auswärtigen stattgefunden und dürfte dieselbe wohl in einem gewissen Zusammenhang mit der Wiener Entrevue gestanden haben. Nahe liegt auch, die Aufsehen machende Pralerei des französischen Ministers Lepère mit der vollkommenen Kriegsbereitschaft Frankreichs einigermaßen damit in Verbindung zu bringen. — Daß es übrigens ohne einiges „Gaudeln“ nicht abgegangen ist, beweisen schon die mit dem berühmten Bismarck'schen Wirtschaftskreisreformsystem im strengsten Widerspruch stehenden Verkehrs- und Tarifvereinerungen, welche Oesterreich in Aussicht gestellt wurden, und über welche die Schutzzöllner beider Länder selbstverständlich höchlichst erbost sind; aber was kümmert sich Bismarck um Prinzipienfragen. Er nimmt nicht nur Geld, sondern auch Kompensationsobjekte und — Köder für seine jeweiligen Bundesgenossen, wo er sie findet.

Jedenfalls braut sich wieder etwas zusammen, daran sich die lieben, guten Völker über kurz oder lang eilig den Mund verbrennen werden. Warum lassen sie sich auch widerstandslos das Wahl in der Giftküche bereiten und sich zum Essen zwingen! Aber gar so unbedingt würden wir uns trotz alledem an Bismarck und seinesgleichen Stelle doch nicht auf „das schwache Gedächtniß der Völker“ und ihre Ungelehrigkeit verlassen. Sie könnten schließlich doch, wenn auch gleich den Schwaben etwas spät, einmal geschied werden. Und daß das die Herren selbst einigermaßen fürchten, dafür zeugt am besten der Umstand, daß man verlässigen Nachrichten zufolge in Wien außer von den offiziellen Großmächten auch vom — Sozialismus gesprochen hat.

Wir werden ohne Zweifel diese Anerkennung zu schätzen wissen und uns nach Kräften bestreben, die gute Meinung der Herren Diplomaten von unserer Bedeutung und unserm Einfluß auf die Entwicklung der Völker zu rechtfertigen. Und wenn sie uns noch mehr als schon bisher durch Volksauflärungsmittel à la Ausnahmegericht und Steuererhöhung in unserer Arbeit unterstützen wollen, so haben wir nichts dagegen. Auch der Lohn hiefür wird gewiß nicht ausbleiben — dafür verbürgen wir uns.

— Der für das deutsche Volk der Denker“ recht berechnende chauvinistische Mandolien-Enthusiasmus hat wieder einige recht niedliche Blüten gezeitigt. So geht gegenwärtig die nachfolgende, zuerst von den „Hamb. Nachr.“ in die Welt gesetzte Nachricht durch die ganze deutsche Presse, von den Konservativen als „rührend und für die glückliche Umwandlung der Gesinnungen im Reichsland zeugend“, von den Liberalen und selbst den Fortschrittler aber mindestens als „sehr hübsch“ bezeichnet. Der interessante Bericht lautet:

„Unweit Wolfshiem bemerkte der Kaiser während einer augenblicklichen Gesehtspause einen in blauer landesüblicher Blouse gekleideten, mit der Ehrenlegion und einigen Kriegsmedaillen decorirten Mann von kühnem, energischem Gesichtsausdruck und mit einem hölzernen Stiefel, der alle Truppenbewegungen mit der schärfsten Aufmerksamkeit verfolgte. Er ritt an ihn heran und fragte freundlich in französischer Sprache: „Wo haben Sie gebient und wo den Fuß verloren?“ Sich sofort gerade aufrichtend, militärisch salutirend und den Kaiser fest anblickend, antwortete der Gefragte led: „Ich diente vierunddreißig Jahre als Korporal bei dem 2. Kavallerieregiment, machte vierzehn Campagnen in Algerien, der Krim, in Italien und Mexiko mit und verlor den Fuß bei Sedan.“ „Da haben Sie viel durchgemacht, mein Braver,“ erwiderte freundlich der Kaiser. „Nun, es geht, Sir, es ist gutes Soldatenblut in unrer Familie; mein Vater diente über dreißig Jahre Napoleon le grand, ich lange Zeit Napoleon III. und mein ältester Junge, der jetzt bei den Gardejägern in

Berlin steht, wird, will's Gott, dem Kaiser Guillaume ebenfalls lange Jahre als Soldat dienen." — Der Kaiser, über diese Antwort sichtlich erfreut, fragte nun: „Kann ich Ihnen irgendwie dienen?“ „Merci, Monseigneur“, antwortete der Veteran, „ich erhalte eine gute Invalidenpension aus Paris und sonst verdiene ich mir noch Geld durch Korbflechten und hölzerne Schuhe schnitzen, habe ein kleines eigenes Häuschen mit Garten und das genügt für mich und meine Alte vollkommen und wir brauchen nichts.“ „Sie sind ein seltener braver Mann und ich habe mich gefreut, Sie kennen gelernt zu haben“, sagte der Kaiser, beim Fortreiten freundlich grüßend. „Merci, Sire, die Ehre war ganz auf meiner Seite“, entgegnete der höfliche Elässer.“ —

Sich stets dem jeweilig Herrschenden unter Unterdrückung jeder eigenen Meinung, willenlos unterwerfen und auf sein Geheiß in blinder Wuth gegen Bruder und Schwester und den Freund und Landsmann von gestern und morgen zu wüthen, jede Rücksicht der Menschlichkeit, der Freundschaft, des eigenen und allgemeinen Interesses, ja selbst der sonst von den Herrschern so hoch gepriesenen Rationalität und „Treu gegen den angestammten Fürsten“ in volldemem Knechtsinn niederzureißen, — das heißt heutzutage „brav“! Die standhafte und zu jedem Opfer für das erkannne Ideal bereite Gefinnungstreue aber ist zum Hoch- und Staatsverbrechen erklärt und die Großen suchen sich in erbitterter Verfolgung derselben gegenseitig den Rang abzulaufen. Und das vom Standpunkt der Regierenden aus ganz mit Recht. Denn nur über solche „Brave“ und vermittelst ihrer vermögenden Tyrannie und Ausbeutung ihr eisernes Szepter zu schwingen, nimmermehr aber über denkende, selbstbewusste und trotzig Männer. Wenn es einmal mehr der letzteren und weniger Leute wie der famose Wolfshäimer Fouaven-Korporal gibt, dann werden ebensoviele Monarchismus, Militarismus und überhaupt jede politische Unterdrückung, als die soziale Ausbeutung durch den Kapitalismus wol am längsten bestanden haben.

— In dem österreichischen Kronland Kroatien sind agrarische Unruhen ausgebrochen, welche ein großes Streiflicht auf die Nothlage und die rasch zunehmende Proletarisierung des Kleinbauernthums selbst in reinen Ackerbaustaaten werfen. In mehreren Grenzbezirken wurden schon mehrere Jahre hinter einander zwangsweise Eintreibungen von Bergrechtsergiebigkeiten und Grundentlastungsgeldern, welche die armen Bauern zu zahlen außer Stande waren, zu Gunsten der dortigen großen Herrschaften Pölk, Miljana und Vidrica versucht. Doch jedes Jahr wurden die Gendarmen, welchen diese Aufgabe zu Theil wurde, von den ihre letzte Habe verweigerten vertheidigenden Landleuten vertrieben. Auf diese Weise steigerten sich die Zinsen der einzutreibenden Forderung, und die Summe erreichte mittlerweile eine solche Höhe, daß sie bei den meisten Landleuten den Werth ihrer gesammten Habe übersteigt. Die reichen Herrschaften kammerten sich jedoch darum wenig und verlangten von der kroatischen Regierung zur Eintreibung Militär. Dieser Wunsch wurde nun erfüllt, und Sonntag den 21. September trafen in Sela 200 Mann Infanterie unter dem Kommando eines Hauptmanns ein. Mit diesen erschienen auch gleichzeitig 16 Gendarmen. Den zweiten Tag wurden die Soldaten ausgeschickt, um diejenigen Bauern, die sich in früheren Jahren besonders widerspenstig gezeigt hatten, zu verhaften. Es wurden wirklich im Orte Pule vier Landleute in Eisen gelegt und nach Sela gebracht. Nun gingen die edlen „Herren“ mit den Soldaten herum und requirierten den Bauern das Vieh. Einer alten Krüchlerfrau ward ihre einzige Kuh weggeführt; die Frau war in großer Verzweiflung, setzte sich zur Wehre und mußte mit Gewalt gezwungen werden, der Exekution ihren Lauf zu lassen. Durch solche Mittel wurde der Widerstand der Bauern gebrochen, man sieht jedoch allerorten drohende Gestalten, und gerüchweise verlautet, daß die Bauern in Dolenica für 600 Mann Waffen zusammengetragen hätten, um dem Militär Widerstand zu leisten. Noch erbitterter werden die Landleute durch den Umstand, daß jetzt nur der Besitzer von Miljana seine Forderungen einträgt, während der Besitzer von Pölk erst dann einschreiten dürfte, wenn die Landleute ihre Feldfrüchte eingebracht haben werden. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte er dabei lebhaften Widerstand finden. Auch die Stimmung der benachbarten Bezirke ist eine so erregte, daß sich noch nicht absehen läßt, wo die Bewegung ein Ende nehmen wird.

— Seitdem die dänische Sozialdemokratie durch die elende Haltung Pio's und Geleff's einen so schweren Schlag erlitten hat und sich wieder auf bescheidenere Verhältnisse einrichten mußte, ließ die Regierung die Partei ziemlich in Ruhe; denn in ihrer Kurzsichtigkeit hielt sie dieselbe für abgethan und zu unbedeutend, um gefährlich zu sein. Seit sich jedoch mehr und mehr zeigt, wie sich die Partei seitdem in unermüdeter Arbeit innerlich regeneriert, und es nicht mehr lange währen wird, bis sie wieder in der alten, aber weit solider fundirten Kraft da steht, — seitdem wendet die Regierung der Bewegung wieder steigendes Interesse zu und die Verfolgungen mehrten sich wieder. Als es aber das dortige Parteigebäude gar magte, die Säule des Thrones, die Armee, freventlich anzutasten und die durch und durch faulen Heereszustände, namentlich die wie in allen stehenden Heeren infame Behandlung der Soldaten rücksichtslos aufzudecken, da war es mit der „Langmuth“ der Regierung am Ende und sie beschloß, der Partei einen vernichtenden Schlag zu versetzen. Sie befahl sämtlichen Auftheilungskommandanten, gegen den „Sozialdemokraten“, resp. dessen Redakteur Saxo Wigell Verläumdungs- und Beleidigungsprozesse einzuleiten, welche bei der bekannten „Unparteilichkeit“ der Richter und der wohlbegründeten Furcht der Soldaten, gegen ihre vorgelegten Beweise auszusagen, keineswegs gefährlos sind und unsern Genossen Wigell leicht mehrere Jahre Kerker einbringen können.

Wie indessen die Sache auch ausfalle, täuscht sich die kluge Regierung doch, wenn sie glaubt, daß durch eine solche Schädigung eines Einzelnen auch die gesammte Partei dauernd schwer geschädigt werde. Eine solche Schädigung ist noch nirgends durch äußere Angriffe erzielt worden, vielmehr haben Verfolgungen stets das gerade Gegentheil von dem erzeugt, was sie beabsichtigten. Man braucht nur auf die Entwicklung der sozialistischen Bewegung in Deutschland zu blicken, um sich von der Wahrheit dieses Satzes zu überzeugen. Wenn Herr Estrup die dort mit den kräftigsten Repressivmaßregeln und der ungeheuersten Schädigung der einzelnen Parteimitglieder durch Einkerkung, Ausweisung und Vernichtung der bürgerlichen Existenz erzielten Erfolge etwa nicht genügend kennen sollte, braucht er sich bloß in

Berlin zu erkundigen. Die dänischen Genossen brauchen und werden sich also durch die drohende Haltung der Regierung keineswegs einschüchtern lassen, sondern werden angefaßt derselben ihre Reihen nur um so fester schließen und auf dem Wege der inneren Einigung und prinzipiellen Durchbildung tapfer vorwärts und dem höhern Ziele entgegenstreben. Ihnen wird der Erfolg gewiß nicht ausbleiben.

In Belgien ist dieser Tage ein Strike ausgebrochen, der schlagend darthut, was es mit der, jedem ächten Bourgeois als Dogma geltenden „Kulturfeindlichkeit“ der Arbeiterbestrebungen auf sich hat. Die Antwerpener Schiffszimmerleute haben nämlich die Arbeit eingestellt, nicht etwa, weil sie Erhöhung des Lohnes oder Verminderung der Arbeitszeit verlangen (obwohl ihnen nach beiden Richtungen sicher zu wünschen bleibt), sondern lediglich aus dem Grunde, weil die Schiffbaumeister aus erbärmlicher Gewinnsucht kein rechtschaffenes, seetüchtiges Fahrzeug mehr herstellen lassen wollen, sondern lediglich auf den Schein bauen und repariren lassen — unbekümmert um die Verluste an Menschenleben und Werthen, welche dadurch verursacht werden. Die ehrlichen Schiffszimmerer wollen nun diesen insamsen Schwindel nicht mehr mitmachen, sondern verlangen, wenn sie die Arbeit wieder aufnehmen sollen, „de schepen goed en sterk te herstellen“ (die Schiffe gut und stark herzustellen).

Man sollte nun denken, daß diese Forderung nur den Beifall aller ehrlichen Menschen haben könne und daß insbesondere die Behörden allen Eifer entfalten müßten, ein solches, für Leben, Sicherheit und Eigenthum der Bürger überaus nützlich, ja nothwendiges Bestreben auf alle Weise zu unterstützen und zu fördern. Statt dessen stellte sich die höchst liberale belgische Minister-Bourgeoisregierung sofort offen auf Seite der Heber und Schiffbaumeister und sucht den Streikern eine Niederlage beizubringen, was ihr hoffentlich nicht gelingen wird. Jedenfalls aber dürfte das Vorgehen der Regierung manchem bisher für die Berechtigung der Arbeiterbewegung Blinden die Augen öffnen und ihn zu einem genaueren Studium der Arbeiterfrage und des Sozialismus veranlassen, das ihn über kurz oder lang in unsere Reihen führen muß. Uebrigens soll die öffentliche Meinung schon jetzt vollkommen auf Seiten der Streiker und gegen die Regierung sein.

In Italien nehmen seit einiger Zeit die durch die allgemeine Unzufriedenheit und insbesondere durch die materielle Noth des Volkes hervorgerufenen Unruhen und Aufstände gar kein Ende mehr. In Süd und Nord, Stadt und Land gährt es und die politische Atmosphäre ist derart mit Elektrizität geladen, daß der geringste Anlaß hinreicht, zwar nicht eine allgemeine, aber doch lokale Entladungen hervorzurufen, welche dem Weiterleuchten gleichen, das dem herannahenden Gewitter vorausgeht. Vor allem ist es die in den meisten Provinzen in einem körperlichen und geistigen Elend lebende Landbevölkerung, von dessen enormer Höhe man sich in Deutschland trotz der auch dort nichts weniger als günstigen Verhältnisse kaum einen annähernden Begriff machen kann, — welche durch die Unerträglichkeit des auf ihr lastenden Druckes und die gänzliche Aussichtslosigkeit ihrer Lage zu Thaten der Verzweiflung gedrückt wird.

So erhoben sich die hungernden Bauern von Castelpagano und brachen in die Getreidemagazine und in das Schloß ihres Herzogs ein. Natürlich wurden sie durch herbeigerufene Truppen bald wieder vertrieben und ihre „Kadelführer“ festgenommen. In Leoni (Provinz St. Angelo bei Lombard) begaben sich 300 nothleidende Bauern in den Gemeinewald und schlugen dort Holz, um von dem Erlös desselben ihr Leben zu fristen. Als sie auf friedliche Intervention der Gendarmerie nicht ausmangeln gingen, kam es zwischen ihnen und den requirirten Truppen zu einem förmlichen Kampfe, bei welchem es auf beiden Seiten zahlreiche Verwundete gab. Ähnliches geschah in Canizzano (Prov. Treviso), in der Umgegend von Mailand und an zahlreichen andern Orten.

Aber auch in den Städten fehlt es nicht an Unruhen. Namentlich hat der Jahrestag der Festsitzung Barantini's hiezu Anlaß gegeben und sind in Mailand, Ruffi, Lugo, Luffignano, Ravenna, Alexandria u. zum Theil nicht unbedeutende Unruhen entstanden; in letzterem wurde sogar der Versuch gemacht, die Zitabelle der Festung in Brand zu stecken und dabei ein Posten, der sich widersetzte, getödtet. Außerdem mangelt es auch an zahlreichen Arbeitsausperrungen und -Einstellungen sammt ihren beunruhigenden Folgen nicht.

Die Regierung aber zeigt sich diesen ersten sozialen Erscheinungen gegenüber ebenso unthätig und unfähig, als sie sich den zerstörenden Naturereignissen dieses Sommers gegenüber erwiesen hat. Statt die Gründe, die Voraussetzungen beider fortzuschaffen, begnügt sie sich lediglich damit, ihre nothwendigen Folgen zu bekämpfen, die Krankheitserscheinungen roh zu unterdrücken und dadurch das Uebel nur desto akuter zu machen. Aber trotz der offensibaren Widersinnigkeit und Verderblichkeit dieser famosen „Staatskunst“ ist doch leider gerade auch in Italien nur wenig Aussicht auf eine baldige Besserung. Ohne Zweifel ist unendlich viel Häubstoff auf der Apenninhalsinsel angehäuft und eine Umwälzung wird dort kaum mehr lange auf sich warten lassen. Aber leider ist das eigentliche Volk in seiner erdrückenden Mehrheit so vollkommen baar jeder politischen Bildung und Organisation, daß es die kommende Neugestaltung der Dinge so viel wie gar nicht zu beeinflussen im Stande sein und deshalb nur geringe Vortheile aus ihnen ziehen wird. So wird denn die Umgestaltung eine fast lediglich politische sein und das Volk schließlich nur seine Unterdrücker wechseln, nicht aber ihrer ledig werden.

— Eine Versammlung spanischer Republikaner aller Schattirungen tagt augenblicklich in Paris. Der Zweck derselben ist, die besten Mittel zur Republikanisierung Spaniens zu besprechen und die Partei einigermassen, soweit nämlich ihre Gespaltenheit in zahlreiche, prinzipiell überaus weit auseinandergehende Fraktionen es erlaubt, zu organisiren und so aktionsfähig zu machen. Bis jetzt wurden die Erlassung eines republikanischen Manifestes an die Spanier, sowie die Erwählung Borilla's zum Führer beschlossen. Ob von der ganzen Sache irgend etwas Bedeutendes zu erwarten ist, können wir noch nicht recht absehen, da uns genauere Informationen bis jetzt fehlen. Jedenfalls wäre dies nur dann möglich, wenn Vortheile à la Castelar ein für allemal energisch der Weg gewiesen und überhaupt dem bei den spanischen Politikern mehr als irgendwo anders eingerissenen, jede Einigkeit,

Disziplin und Thakraft unmöglich machenden Phrasenthum ein Ende gemacht würde. Uebrigens sollen neuesten Nachrichten zufolge zahlreiche letzter Tage in Spanien vorgenommene Verhaftungen, namentlich auch von Offizieren, mit der Pariser Konferenz zusammenhängen.

— Unserm neulichen kurzen Bericht über den englischen Trades-Unions-Kongreß tragen wir nach einem uns jetzt vorliegenden, jedoch nicht allzuviel Interessantes bietenden, eingehenden Bericht einige Details nach, welche den auf dem Kongreß und in den viel-rühmten Gewerksvereinen herrschenden Geist hinreichend illustriren. Der Antrag auf Bildung einer selbstständigen englischen Arbeiterpartei erfuhr von fast allen Seiten die abfällige Beurtheilung. Die hieheren Gewerksvereiner meinten, die ökonomischen Bestrebungen der Arbeiter ständen mit der Politik in gar keinem oder doch nur in einem äußerst losen Zusammenhang und man dürfe keine Klassenpolitik treiben, weil man sonst die Arbeitgeber zwingen, daselbe zu thun! — Ja sogar der Vorschlag, ein Arbeiterorgan zu gründen, wurde abgelehnt, so daß in dem industriereichen England, in welchem die Presse eine so große Macht ausübt und jede kleinste Bestrebung ihre Pressevertretung hat, ganz allein das Proletariat, ganz allein die Millionen von Arbeitern, keine solche besitzen! Bei solchem Verständniß für die Bedürfnisse des Proletariats war es denn gar kein Wunder, daß der Kongreß hinsichtlich der wichtigen Frage der Landreform darüber einig war, daß diese letztere eine Zerplitterung des Landbesitzes, beziehungsweise Gründung eines Kleinbauernthums anstreben müsse, während die von den Sozialisten geforderte Nationalisirung von Grund und Boden, resp. alle dieselben befördernden Institutionen „als gegen das Interesse der arbeitenden Klasse gerichtet“ zu verwerfen seien. — Die man sieht, ist in dem Unsinne doch Methode.

— Die Organisation energischen Widerstandes gegen die ungeheuerlichen feudalen Bodenverhältnisse nimmt in Irland immer beträchtlichere Dimensionen an. Die rücksichtslos feindselig gegen die Grundbesitzer auftretende Anti-Landlords-League veranstaltet in allen Theilen des Landes Massenversammlungen, die von Zehntausenden aufgeregter Landproletarier besucht werden. Auf den letzten Versammlungen zu Malloy, Tipperary, Headford, Ennis, Castlebar und Tullow (welche letztere vier an Einem Tage stattfanden) ging es stürmisch zu und erklärte man sich für ein energisches Vorgehen behufs Widerstandes gegen die Verdrückungen der Landlords, Abschaffung des jetzigen Grund- und Bodensystems, sowie behufs Erstämpfung der Unabhängigkeit der grünen Insel von dem „infamen und räuberischen“ England. Die Landlords sind in großer Sorge und verlangen von der Regierung ein Ausnahmegesetz. Ob daselbe nicht das Gegentheil erreichen und vielmehr der unhaltbaren Landherrschaft der englischen Lords desto schneller den Hals brechen würde, erscheint kaum zweifelhaft.

— Die Erfolge der Arbeiterpartei in Amerika mehrten sich stetig. So hat jetzt die kalifornische, freilich nicht rein sozialistische Arbeiterpartei bei den Wahlen für den Mayor von San Francisco, eine Anzahl Eisenbahnkommissäre und die Mitglieder des höchsten Gerichtshofes, sowie verschiedener Lokalämter den Sieg davon getragen und werden demnach die bezeichneten Ämter von den Arbeiterkandidaten eingenommen werden. Dieser Sieg ist keineswegs, wie ein Theil der amerikanischen Bourgeoissteg glauben machen möchte, allein der Schandthat des demokratischen Mayorkandidaten Young (der bekanntlich auf seinen Rivalen Kallach einen Mordversuch machte) und der dadurch hervorgerufenen Erbitterung gegen die Partei des Attentäters zuzuschreiben; denn die Arbeiter haben nicht nur Kallach zum Mayor erhoben, sondern es sind auch ihre Kandidaten für die Richterstellen gewählt worden. Dies ist nun mit Rücksicht auf die Durchführung der neuen Konstitution von der größten Bedeutung, denn richterliche Entscheidungen sind nach den amerikanischen Institutionen in höherem Grade das Gesetz des Landes, als die Produkte der Staatslegislaturen. Denkt man sich eine Verfassung, wie die neue kalifornische und die von den Arbeitern gewählten Richter als Ausleger derselben, dann ist es klar, daß die Gegenläge im politischen Leben Kaliforniens durch diese Wahl noch lange nicht endgiltig beigelegt sind. Man kann im Gegentheil voraussehen, daß die beiden Extreme — die Republikaner (welche bei den Staatswahlen die Majorität durchgesetzt haben) in der Exekutive und Legislative und die Arbeiter im Justizwesen — einander mehr denn je in die Haare gerathen müssen.

— Die amerikanische Bourgeoisie ist durch einen Gerichtsbeschuß in ebenso große Wuth als Angst versetzt worden. Seit einiger Zeit bildeten sich bekanntlich in den Vereinigten Staaten an zahlreichen Orten sozialistische Wehrvereine, welche nach der amerikanischen Verfassung vollkommen zulässig sind. Namentlich in Chicago machte die militärische Organisation und Bewaffnung der Genossen große Fortschritte. Selbstverständlich erblickte die Bourgeoisie in dieser Benützung eines verfassungsmäßigen Rechtes durch die Arbeiter eine Vorbereitung zur Revolution und demnach eine Gefahr für die „öffentliche Ordnung“, welche alsbald beseitigt werden mußte. Die Legislative von Illinois erließ deshalb ein Gesetz, welches bewaffnete Organisationen einfach verbot. Die Sozialisten von Chicago leisteten jedoch diesem ungeschicklichen „Gesetz“ keineswegs Folge, sondern setzten ihre Waffenübungen fort, wobei sie mit der Polizei in Konflikt kamen und infolge dessen vor Gericht gestellt wurden. Das Gericht hat nun aber die Angeklagten freigesprochen, indem es erkannte, daß die bewaffnete Organisation der Arbeiter nach der Verfassung der Vereinigten Staaten statthaft und das dieser Bestimmung zuwiderlaufende Staatsgesetz von Illinois wirkungslos sei. Infolge dieser Entscheidung veranstalteten die Sozialdemokraten von Chicago eine großartige bewaffnete Demonstration, und eine weitere Folge wird sein, daß sich die Arbeiter-Wehrvereine immer mehr ausdehnen. Dieser Umstand enthält allerdings bei der schnell zunehmenden Ausbreitung der sozialistischen Ideen unter dem amerikanischen Proletariat eine schwere Gefahr für die Bourgeoisie und es ist deshalb fraglich, ob sich dieselbe nicht an eine Verfassungsänderung machen wird. Den Niedergang ihrer Herrschaft wird sie dadurch freilich weder abwenden noch hinausschieben, eher beschleunigen.

# Verichte.

**-o- Frankfurt a./M., 29. Sept.** Wie weit die Dinge in Deutschland bereits gediehen sind und welche kolossale Fortschritte die Korruption der bürgerlichen Parteien seit dem offiziellen Abtreten der Sozialdemokratie vom politischen Schauplatz, bezw. seitdem man uns die öffentliche Parteithätigkeit zum größten Theil abgeschnitten, gemacht hat, dafür liefert wohl mit den schlagendsten Beweisen die Schwelgerei, welche unsere hiesige Demokratie (welche in der „deutschen Volkspartei“ den Ton an gibt) in der letzten Zeit bewirkt hat. Sie, die sich bisher im großen Ganzen wirklich demokratisch gezeigt, in Folge dessen in zahlreichen Punkten mit der Sozialdemokratie zusammen gegangen ist und sich von dem Gift der Opportunismus- und Kompromisspolitik freizuhalten gewußt hat, wehwegen sie auch in der Periode ihres Hauptorgans, der „Frankfurter Zeitung“, von der Regierung und ihren Anhängern nächst uns am meisten gehaßt und verfolgt worden ist: sie hat sich jetzt kurzer Hand mit der früher so viel bekämpften Fortschrittspartei vereinigt, wobei die prinzipiellen Opfer selbstverständlich nicht auf Seiten der letzteren gebracht wurden. Indessen haben Sie von dieser Thatsache wohl schon Notiz genommen und will ich Sie deshalb auf einen anderen, für die bürgerliche Demokratie noch gravireren Umstand aufmerksam machen. In einer der letzten Nummern der „Frankfurter Ztg.“ ist nämlich eine (gleichlautend auch in der Berliner „Volkzeitung“ vorfindliche und ersichtlich vom Verlag der „Leipz. Volksztg.“ herrührende) Korrespondenz „aus Sachsen“ enthalten, in welcher — von der Unwahrheit und Lächerlichkeit der darin gemachten Behauptungen ganz abgesehen — förmliche Denunziationen gegen die Sozialdemokratie gefunden werden müssen. Der Artikel, welcher nicht als ein erbarmenderer Hilffrei zur Rettung der schwindsüchtigen „Leipz. Volksztg.“ ist, behauptet nämlich frischweg: Die rapide Abnennungsabnahme der „Leipz. Volksztg.“, welche unter ihren Abonnenten einen bedeutenden Stamm „ehemaliger Sozialdemokraten“ gehabt habe, „die ihr trotz der seit einem halben Jahre betriebenen Kaitation gegen sie über die Häupter der Führer hinweg treu geblieben seien“, rühre von der Agitation „gewisser Kreise“ (der Sozialdemokratie) her, welche die „Leipz. Volksztg.“ „als weit größere Gefahr für die Sozialdemokratie wie das Ausnahmegefeß“ erklärt (!!!) und sie deshalb vermittelst „des innerhalb der Partei üblichen Terrorismus“ umzubringen beschloßen hätten. Dann aber wird der erfolgreiche Konkurrent der „Leipz. Volksztg.“, der „Reichsbürger“ direkt als sozialistisches Blatt und zwar als Organ der extremen Sozialisten denunziert, was unter den dormaligen Verhältnissen (wenn die Regierung auf die Intentionen des Korrespondenten eingiebt), dem „Reichsb.“ leicht Verfolgungen zuziehen kann! Freilich hat die „Frankf. Ztg.“ mit der Autorschaft des Artikels nichts zu thun; dazu besitzt sie schon zuviel Geschick. Aber deshalb ist sie doch für ihn verantwortlich und daß sie eine solche Erbärmlichkeit aufnehmen konnte, zeugt am besten für die in ihrem Lager zwar nur ganz im Stillen und allmählig vorgegangene, aber bestimmte Winderänderung. Der Abgeordnete für Frankfurt wird hinfür wol kaum mehr in den Fall kommen, der Kompromittirten politischen Freundschaft mit der Sozialdemokratie geziehen zu werden. Uns aber ist diese Erfahrung ein neuer Beweis, daß auf keinen außerhalb unserer Partei Stehenden ein Verlaß ist, sondern daß wir nur auf uns selbst angewiesen sind, denen gegenüber alle andern Parteien in der That nur „eine reaktionäre Masse“ bilden.

**C. Nürnberg, 1. Okt.** Es ist recht bezeichnend für den traditionellen „Rückgang der Sozialdemokratie“, daß in demselben Augenblick, wo uns nach zahlreichen Erfolgen ein neues, dem Machtbereich der Ausnahmegefeßfabrikanten entrücktes Parteiorgan, der „Sozialdemokrat“ entstanden ist, ein eigens zum Zweck der Sozialistenbekämpfung gegründetes Blatt, der hiesige „Anti-Sozialdemokrat“ selig entschlafen ist. In einem melancholischen Abschiedsartikel erklärt sein Herausgeber selbst: daß die Arbeiter kein Blatt nicht lesen wollten, weil sie Sozialisten sind, das Bürgerthum aber nicht, weil es dumm genug ist, die Gefahr des Sozialismus durch das Ausnahmegefeß ein für allemal für abgethan zu halten, so daß es sich das Lesen und Abonniren seines Blattes ersparen zu können glaubt. „Wöge, schließt er, niemals eine Zeit kommen, in welcher der Mangel eines hiesigen Organs, das die Arbeiter nicht zu verführen, sondern aufzuklären bemüht war, bitter empfunden wird.“ Dieses saubere „Aufklärungs“-Geschäft hat an Stelle des „Anti-Sozialdemokrat“ ein Pfälzlein, der berühmte Sticker aus Berlin übernommen, der vor wenigen Tagen hier Vorträge über „die Lösung der sozialen Frage im Lichte des Christenthums“ gehalten hat. Er hat damit jedoch wenig Glück gehabt, denn die liberalen Fabrikanten beschwerten sich, daß er durch seine demagogische Schilderung der Arbeiternoth und des Fabrikantenreichthums gefährlicher als die Sozialdemokraten selbst wirkte; letztere aber lassen sich durch den predigenden „Anti-Sozialdemokraten“ ebensowenig aufs Eis führen, als durch den geschriebenen. Sticker dürfte daher hier kaum bessere Erfolge erzielen als weiland in Berlin und wenn er nicht direkte ausgepfiffen worden ist, so hat er dies nur unserer fränkischen Artigkeit zu verdanken.

\* Aus Bayern, 2. Oktober. Ein schlagender Beweis für die enorme Höhe des gegenwärtigen Nothstandes in Deutschland findet sich in der neuesten böhmischen „Sozial-Korrespondenz“. Derselben schreibt nämlich ein Mitglied des Wander-Unterstützungs-Vereins in Dinkelsbühl in Bayern: „Das Handwerksburschenwesen ist zwar schon seit Jahren nur ein klägliches Abbild früherer Zustände, die Verhältnisse haben sich jedoch in der Gegenwart ganz besonders verschlimmert. Eine Notiz des „Braunschweiger Tageblattes“, welche auch in mehrere Berliner Fachblätter übergegangen ist, berichtet nämlich, daß in dortiger Gegend unter den fremden Gesellen der Hungertyphus ausgebrochen sei. Von einer dergleichen Noth weiß man nun hierorts in Bayern allerdings nichts, aber es treibt sich auch bei uns eine große Menge arbeitslosen und zum Theil auch arbeitscheuen Volkes auf den Straßen umher, und es mögen zum Belege hiefür einige Daten aus dem Jahres-Berichte unseres Wander-Unterstützungs-Vereins hier Platz finden. Nach dem Ausweise unserer Bücher wurden im letzten Vereinsjahre 4270 Gesellen unterstützt. . . .“ In früheren Jahren war der Durchschnitt nur 1000—1100 gewesen. Noch 1875 betrug die Zahl der unterstützten Handwerksburschen 1150, stieg aber 1876 auf 2217, verdoppelte sich dann das

folgende Jahr nahezu (4140), und zuletzt 1878 eine die obige bis jetzt nie dagewesene, noch geahnte Höhe zu erreichen. Und von einer Besserung ist vorläufig noch immer nichts zu spüren.“

**X Breslau, 1. Okt.** Ein erhebendes Beispiel von Gerechtigkeit hat sich jüngst vor einem deutschen Gericht abgespielt. Man erinnert sich noch der am 14. und 15. Juli in Zabrze in Oberschlesien stattgefundenen Bergarbeiterunruhen. Dieselben waren bekanntlich durch Lohnbeschränkungen veranlaßt worden, welche von einigen streberischen Beamten der königlichen Bergwerksverwaltung unrechtmäßig und in einem solchen Umfang vorgenommen worden waren, daß den armen Arbeitern oft kaum eine Mark per Woche zum Leben blieb. Diese von amtlichen Personen selbst beständige und durch die sofort nach den Unruhen erfolgte Lohn-erhöhung als unrechtmäßig anerkannte Aushungerung brachte die genugsamen und sonst indolenten polnischen Arbeiter von Zabrze (unter denen sich nicht ein böser Sozialdemokrat befand) schließlich zur Verzweiflung und ließ sie, da ihnen jeder andere Ausweg abgeschnitten schien, laut werden, worauf sie der fürsorgliche Staat mit blauen Bohnen sättigen und mit Säbelhieben beruhigen ließ.

Jetzt hat nun auch das Gericht seinen obligaten Beitrag zur „Beruhigung“ gegeben, indem es am 23. Sept. nach vier-tägigen Verhandlungen sein Urtheil „gegen die am Zabrze auf-stande theilgenommenen Bergleute“ verkündigte. Von den 39 Angeklagten wurden 13 freigesprochen, 25 zu längerer oder kürzerer Gefängnißstrafe und 1 Angeklagter zu Zuchthaus verurtheilt. Das höchste Strafmaß wurde gegen die am meisten gravirten Berg-arbeiter Franz Kwosniol (2 Jahre Zuchthaus), Martin Dufek, Thomas Achtelik, Alexander Twardawa (je 3 Jahre Gefängniß) und Eduard Brander (2 1/2 Jahre Gefängniß) ausgesprochen. Ueber 5 Angeklagte wurde eine Gefängnißstrafe von je 2 Jahren verhängt; 3 Angeklagte wurden zu einer Gefängnißstrafe von je 1 Jahr, 5 Angeklagte zu je 9 Monaten, 1 zu 7 Monaten, 3 zu je 6 Monaten und 1 Angeklagter zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Summa Summarum: 33 Jahre Gefängniß und Zuchthaus, mehrere Tugend Tode und Verwundete, das Glend der Zurück-gebliebenen und vermehrte Ansdhung der Arbeiter — das ist die Antwort des Staates auf den Verzweiflungsschrei von Zabrze. Wöge das Proletariat solche und ähnliche Großthaten seiner Unter-trücker niemals in Vergessenheit gerathen lassen.

**M.S. Straßburg 30. September.** Gleichheit vor dem Gesetz. Am 13. ds. ereignete sich hier ein Attentat, das weniger durch seinen Verlauf an und für sich, als durch das Benehmen der Polizei jeden menschlich Denkenden entrüsten muß. Gegen Mittag verließen zwei Setzer die Expedition des „Ver-rendischen Anzeigens“, da drang ein junger Mann auf sie ein und feuerte zwei Revolverschüsse nach ihnen ab, glücklicher Weise ohne sie zu treffen. Er wurde sofort festgenommen, und man fand noch ein langes Dolchmesser bei ihm. Wie sich heraus-stellte, war es ein Referendar Bödenhagen, der aus unerklär-lichen Motiven das Attentat bezugang hatte. Die Polizei entließ ihn auf der Stelle, „da er weiter keinen Schaden angerichtet habe.“ Als der Redakteur Bekräftigt sich hierüber auf der Polizei beschwerte, wurde ihm bedeutet, in welche Gefahr er sich fütze, der Attentäter sei ja ein Sohn aus guter Familie. Er reichte nun bei der Staatsanwaltschaft eine An-klage gegen den Referendar ein, wurde aber zurückgewiesen, „da dieser Niemand verwundet habe.“ Herr Bödenhagen wurde ein-fach wegen Tragens von Waffen mit 15 Mark bestraft. Wem fällt dabei nicht ein anderer „Attentäter“, Hödel, ein, der be-kanntlich auch Niemand verwundet und dennoch auf dem Schaffot endete?

**Ss. Wien, 29. Sept.** Zu meinem in der letzten Nummer ent-halten Bericht über die Entwicklung der Briefstiebererei und die sonstigen alltäglichen Gesetzesverletzungen und Uebergreife größter Art sei-ens unserer Behörden kann ich Ihnen heute einen weiteren in-teressanten Beitrag liefern. Zu einem hiesigen Bürger begab sich dieser Tage ein Detektiv, und zwar ohne irgend welchen ge-richtlichen und polizeilichen Auftrag, und wich nicht aus seiner Wohnung. Einige Zeit darauf brachte der Briefträger einen Brief und ihm auf dem Fuße folgte ein zweiter Detektiv. Der Genosse, durch die bisherigen Fälle gewarnt, nimmt dem Brief-träger augenblicklich den Brief aus der Hand und steckt ihn in seine Brusttasche. Die Detektives, die ihm den Brief entreißen wollen, kommen zu spät und er weigert sich, den Brief herzugeben, den er noch nicht gelesen, umsonst, da die Detektives keine Voll-macht haben. Die zwei sauberen Herren schloßen sich aber zu schwach, Gewalt zu gebrauchen, weshalb sich der eine entfernt, um Sulkurs zu holen, indeß der andere als Wache zurückbleibt. Unser Freund benützte diese Gelegenheit und eilt, so wie der eine Spürhund fort ist, in die Küche — es war eben um die Mittags-zeit —; der Detektiv läuft ihm schnell nach, prallt aber zurück, als ihm der Verfolgte den Topf mit der brühheißen Suppe ent-gegenwinkt, während er mit der andern Hand etwas in den Ofen hineinstedt. „Um Gotteswillen, was thun Sie!“ schreit der Spitzel, „wir müssen den Brief bringen.“ „Ich habe bloß etwas verbrannt, das kann mir wohl niemand verbieten“, meint ruhig der Freund und begab sich zum Mittagessen. Inzwischen hat der zweite Detektiv Sulkurs geholt, und da der Brief nicht mehr zu entreißen war, so verhafteten die drei Heiden ohne jeg-lichen geschlichen Grund, ohne Vollmacht, bloß aus Zorn über die Vernichtung des Briefes unsern Genossen und schleppten ihn gewaltsam fort auf die Polizeidirektion, von wo er dem Landes-gerichte übergeben wurde, wofür er sich noch befindet, ohne daß bisher eine Anklage gegen ihn erhoben worden wäre! Läßt sich eine unerschämtere Willkür denken? Wahrlich, in der Türkei und in Rußland kann die Regierung sich keine größeren Frei-heiten erlauben! Und wie charakterlos die liberale Presse, die für solche Vorkommnisse kein Wort findet! Veröffentlichlich aber ein sozialistisches Blatt derlei Dinge, dann wird es konfisziert — ein Grund dafür findet sich ja immer. — Unsere Advokaten sind auch rare Herren. Einer derselben hatte in einer Amtsmißbrauchs-klage es mit Freuden übernommen, Klage gegen die Polizei zu führen. Nach wenigen Tagen lehnte er jedoch die weitere Ver-folgung der Angelegenheit ab, weil er erfahren habe, daß Ver-gehen sei nicht von der Polizeidirektion, sondern „höchsten Orts“ selber anbefohlen — und da sei jede Klage nutzlos! — Wir werden sehen, ob sich ein Abgeordneter findet, der darüber zu interpelliren wagt. Nähen wird es freilich nichts, auch die Presse wird kaum Notiz davon nehmen; aber soll man ganz unthätig

zusehen? — Soeben erfahre ich, daß nach nur kurzer Lebens-dauer die „Freiheit“, unser letztes Parteiorgan in Wien, ver-boten worden ist. So zwingt man uns also mit aller Gewalt, auswärtige Parteiblätter zu lesen. Nun, der „Erfolg“ der polizeilichen Wirksamkeit wird gewiß nicht ausbleiben! Und auch die zahlreichen ungenirten Erbrechungen von Briefen, in denen man solche verdächtige Blätter vermuthet, werden daran nichts ändern. Denn Bedürfnis und Noth machen erfindlich und für jeden versperrten Weg werden wir zwei neue zu finden wissen, um das sozialdemokratische „Gift“ in unseren Volkstörper zu leiten und es in alle Theile hin wirksam zu verbreiten.

Durch uns sind nachstehende Schriften zu beziehen:

	Fr. Ct.	Mk. Pz.
Aufschlüsse über die badische Revolution v. 1849	2.—	1.60
Bebel, A., Der deutsche Bauernkrieg	2.50	2.—
Die parlament. Thätigkeit d. deutschen Reichstages u. d. deutsch. Landtage v. 1871/73 u. d. Sozialdemokr. 1874/76	—20	—15
Die Entwicklung Frankreichs	—40	—30
Glossen zur wahren Gestalt d. Christenthums	—40	—30
Das Reichsgesundheitsamt u. sein Programm	—20	—15
Becker, Joh. Ph. Neue Stunden der Andacht. Satyrische Psalmen in Reimform, 5 Hefte	3.—	2.40
Geschichte der süddeutschen Mairevolution	7.50	6.—
Vorbote. Soz.-pol. Monatschrift 6. Jahrg. (1866—71)	10.—	8.—
Wie und Wann?	3.—	2.40
„Précurseur“. Organ démocratique sociale (Janvier-Mars 1877)	1.—	—75
Becker, B., D. Reaktion. i. Deutschl. geg. d. Revol. v. 1848	2.50	2.—
Geschichte der revol. Pariser-Commune 1789—94	2.60	2.—
Blos, W., Blut und Eisen oder die Entstehung des Krieges von 1866	—70	—50
Zur Geschichte der Kommune von Paris	—20	—15
Bracke, W., Nieder mit den Sozialdemokraten	—25	—20
Die Verzweiflung im liberalen Lager	—25	—20
Bürkli, Karl, Die Bank-u. Handelsreform. Uebersetzung aus den Werken eines Schüler Fourier's	—50	—40
Solidarität, Lehre Karl Fourier's	—50	—40
Steinkohle und Wasserkraft. Eine Studie zum Kapiteld. Ueberschwemmungen u. Waldverwüstungen	—50	—40
Bürgerkrieg in Frankreich	—35	—25
Kulturkampf und Volksschule in Preussen	—30	—25
Daniel in der Löwengrube. Eine Geisselung der reaktionären Zustände in — Babylonien, vom Verfasser des „Neuen Wintermärchens“	—50	—40
Das eidgenössische Fabrikgesetz mit Erläuterungen von H. Greulich	—20	—15
„Der Republikaner“, Volkskalender für 1880	—50	—40
— für 1878 und 1879	—25	—20
Der arme Konrad. Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk für 1879	—50	—40
— frühere Jahrgänge	—30	—25
Dietzgen, Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit	2.—	1.60
Die bürgerliche Gesellschaft	—20	—15
Die Religion der Sozialdemokratie, 5 Kanzelreden	—30	—25
Douai, Dr. A., ABC des Wissens f. d. Denker, 2. Aufl.	—30	—25
Antworten an die Bekenner des Theismus	—20	—15
Kindergarten u. Volksschule als soziald. Anstalten	—35	—30
Engels, Fr., Soziales aus Russland	—25	—20
Hrn. Eugen Dührings Umwälzung d. Wissenschaft, 1. und 2. Theil	2.—	1.60
Ein neues Wintermärchen (v. Heine II.)	—30	—25
Für die französischen Brüder	—20	—15
Für und wider die Kommune	—20	—15
Geib, A., Gedichte, broch.	—70	—50
Geiser, Br., Die Forderungen des Sozialismus an Gegenwart und Zukunft	—70	—50
Graf Eulenburg und die Sozialdemokratie	—40	—30
Greulich, H., Der Staat vom soziald. Standpunkt aus. Eine Auseinandersetzung mit den Anarchisten	—30	—25
Herwegh, G., Neue Gedichte	5.—	4.—
Gedichte eines Lebendigen	4.50	3.60
Hillmann, Die Organisation der Massen	—35	—30
— Praktische Emanzipationswinke	—30	—25
Jahrbuch für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, herausg. von Dr. Ludw. Friedr. Richter	3.50	2.75
Kegel, M., Freie Lieder (Gedichte)	—70	—50
Komplot gegen die Int. Arbeiter-Assoziation. Aus dem Französischen übersetzt von Kokosky	1.60	1.30
König, Schwarze Kabinette	1.25	1.—
Krasser, Dr. F., Anti-Syllabus (Predigt)	—5	—5
— Ceterum censeo	—5	—5
Lange, F., Die Arbeiterfrage	5.—	4.—
Lassalle, Ferd., Rede über die Arbeiterfrage	—25	—15
— Offenes Antwortschreiben	—20	—10
— Arbeiterlesebuch	—35	—20
— Indirekte Steuern	—40	—30
— Die Wissenschaft und die Arbeiter	—25	—15
— Düsseldorf-Prozess	—20	—15
— Ronsdorfer Rede	—20	—15
— Ueber Verfassungswesen	—25	—20
— Fichtes Philosophie	—20	—15
— Herr Julian oder der literarische Julian	1.—	—80
— Briefe an Rodbertus-Jagetzow	3.—	2.40
— Vertheidigungsrede betreffend Kassettendiebstahl	—40	—30
Leben u. Thaten d. Generals Jaroslaw Dombrowsky	1.—	—80
Leipziger Hochverrathprozess	3.80	3.—
Liebnecht, W., Zu Trutz und Schutz	—35	—30
— Das Briefgeheimnis vor dem deutschen Reichstage	—50	—40
— Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie	—30	—25
— Zur Grand- und Bodenfrage	1.—	—80
Lissagaray, Geschichte der Kommune von 1871	5.50	4.50
Marx, K., Der Kölner Kommunistenprozess. II. Aufl.	—35	—30
Mehring, Franz, Herr v. Treitschke, der Sozialisten-tödtter und die Endziele des Liberalismus	—35	—30
Most, J., Der Kleinbürger und die Sozialdemokratie	—70	—50
— Die Pariser Kommune vor den Berliner Gerichten	1.25	1.—
— Die Lösung der sozialen Frage	—50	—40
Oldenburg, Was wollen die Sozialdemokraten?	—40	—30
Protokoll des Stuttgarter Kongresses 1870	—30	—25
— des Dresdner Kongresses 1871	—35	—30
— des Coburger 1874	—40	—30
— des Vereinigungs-Kongresses 1875	—40	—30
— des Gothaer Kongresses 1876	—40	—30
— des Holzarbeiter Kongresses 1873	—30	—30
— des Schweiz. Arbeiter Kongresses Olten	—15	—10
— des Kongr. d. Schweiz. Arbeiterb. zu Winterthur	—20	—15
— „ „ „ „ „ „ Basel	—15	—10
— „ „ „ „ „ „ Bern	—35	—30
— „ „ „ „ „ „ Neuenburg	—45	—35
Photographien aller bekannten Sozialdemokraten in Visitenkarten- und Kabinet-Format, einzeln auch in Grossfolioformat	—	—
Rohleder, Die Pariser Kommune vor der Deputirten-kammer zu Versailles	—40	—30
Sack, E., Unsere Schulen im Dienste gegen d. Freiheit	—80	—60
— Gegen die Prügelpädagogen	1.—	—80
Seidel, Rob., Staatlicher Getreidehandel od. wie kommt das Volk zu billigem Brod	—35	—25
Schäffle, Quintessenz des Sozialismus	1.50	1.20
Die Preise verstehen sich ohne Porto, und wird nur gegen Vorausbezahlung geliefert. Ausser den vorstehenden sind durch uns auch alle anderen sozialistische Schriften, soweit sie noch zu haben sind (gleichviel, ob irgendwo verboten oder nicht) zu beziehen.		

Die Expedition des „Sozialdemokrat“.